

## Schweiz

# Parmelins Kritiker scheitern vorerst

Ein unveröffentlichter parlamentarischer Untersuchungsbericht zum Bodlur-Rüstungsdebakel geht mit Bundesrat Parmelin hart ins Gericht. Doch gegen diesen Bericht hagelt es jetzt ebenfalls Kritik.

**Markus Häfliger**  
Bern

Hat Guy Parmelin beim Raketenabwehrsystem Bodlur ein Milliardendebakel verhindert, als er es im März stoppte? Oder ist der SVP-Bundesrat schuld daran, dass das derzeit wichtigste Schweizer Rüstungsprojekt im Debakel endete? In dieser Streitfrage ist eine neue Eskalationsstufe erreicht: Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) beider Räte waren am Dienstag nicht in der Lage, ihren eigenen Untersuchungsbericht zur Bodlur-Affäre zu verabschieden. Eine Pressekonferenz liess die GPK platzen, nachdem sie die Bundeshauspresse zuerst 45 Minuten warten lassen.

Normalerweise sind solche Entscheide eine Formsache: Eine Subkommission schreibt einen Bericht, das Plenum der GPK segnet ihn ab. Doch am Dienstag gab es in der GPK-Sitzung, an der rund 30 National- und Ständeräte teilnahmen, derart fundamentale Kritik am Bericht, dass die Subkommission noch einmal über die Bücher muss. Die GPK seien stets bemüht, möglichst breit abgestützte Untersuchungsberichte zu verfassen, sagte Hans Stöckli (SP, BE), Präsident der ständerätlichen GPK. Das sei hier «noch nicht der Fall».

Eine starke Minderheit hält den 36-seitigen Bericht für derart tendenziös, dass sie ihn schreddern wollte: 10 GPK-Mitglieder wollten nicht auf den Entwurf eintreten. 17 Parlamentarier stimmten für das Eintreten, und mehrere enthielten sich der Stimme. Es ist ungewöhnlich, dass schon das Eintreten auf einen GPK-Bericht derart umstritten ist.

### Wichtige Zeugen nicht angehört

Die Beratungen der GPK sind vertraulich, und der 36-seitige Berichtsentwurf bleibt es vorderhand ebenfalls. Gespräche mit mehreren GPK-Mitgliedern zeigen jedoch die Frontlinien auf: Gegen den Bericht stimmten SP und Grüne sowie das Gros der SVP-Vertreter; für den Bericht votierten die Mitteparteien.

Der Berichtsentwurf spielt härter auf den zuständigen Bundesrat als in solchen Fällen üblich. Parmelin wird vorgeworfen, sein Sistirungsentscheid sei voreilig und falsch gewesen. Im Minimum, so der Bericht, hätte er das Ende der Evaluation im September abwarten müssen. Mit seiner voreiligen Notbremse habe Parmelin 20 Millionen Franken in den Sand gesetzt. Zudem verlängere er die bestehende Sicherheitslücke beim Luftschirm über der Schweiz auf unverantwortliche Art und Weise.

Vor allem die letzte Aussage sei eine rein politische Wertung, monieren Kritiker in der GPK. Zudem werfen sie der Subkommission vor, die sachlichen Probleme beim Bodlur-Projekt gar nicht vertieft analysiert zu haben. Im Nachhinein wird auch die einseitige Zusammensetzung der Subkommission kriti-



Radarantenne einer Papier-Feuereinheit (Boden-Luft-Rakete) der Schweizer Armee. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

siert: Sie besteht nur aus Deutschschweizern, und der einzige Linke ist SP-Ständerat Claude Janiak. Von den übrigen fünf Mitgliedern gehören zwei der SVP, zwei der FDP und eines der CVP an.

Im Wesentlichen hörte die Subkommission zwei Personengruppen an: Die Verantwortlichen der Armee - vom Rüstungs- über den Luftwaffen- bis zum Armeechef - verteidigten ihr Projekt und kritisierten damit den Sistirungsentscheid ihres politischen Vorgesetzten.



**Guy Parmelin**  
Bundesrat SVP

Parmelin und sein Stab wiederum wiesen diese Vorwürfe zurück. Im Endresultat übernimmt die Subkommission weitgehend die Sichtweise der Generalität.

An einer Stelle erwähnt der Bericht, dass ein VBS-Mitarbeiter Parmelin schriftlich auf Probleme bei den getesteten Lenkwaffen hingewiesen habe. Diesen Whistleblower hörte die Subkommission nicht an. Stattdessen lässt sie den Luftwaffenchef zu Wort kommen, der seinen internen Kritiker kurzerhand als inkompetent diskreditiert.

Vertreter der Mitteparteien weisen die Kritik am Bericht zurück. SVP und Linke hätten rein parteipolitisch entschieden, sagt ein Parlamentarier. Der SVP gehe es darum, ihren Bundesrat zu schützen, während linke Armeegeegner Freude hätten, dass ein wichtiges Rüstungsprojekt abgeschossen worden sei.

Parmelin selbst sucht jetzt beim Gesamtbundesrat Hilfe. Am Dienstagmor-

gen musste er noch davon ausgehen, dass die GPK den für ihn vernichtenden Bericht gleichentags veröffentlichen würde. Für diesen Fall plante Parmelin eine Stellungnahme, die er am Dienstagmorgen den anderen sechs Bundesräten zustellte. Darin verteidigt Parmelin die Bodlur-Sistierung als Führungsentcheid, für den es keine Alternative gegeben habe. Zudem verwahrt er sich gegen die Kritik, er habe Bodlur nur sistiert, um mehr Geld für Kampffjets freizuspielen. Für die Schweiz seien sowohl eine Raketenabwehr als auch Kampffjets «unerlässlich», hält Parmelin fest.

Weil die GPK noch nicht entschieden, bleibt auch Parmelins Verteidigungsschrift vorerst in der Schublade. Die Subkommission soll den Bericht nun bis zur nächsten GPK-Sitzung am 27. Januar überarbeiten. Dann versuchen die Gesamtkommissionen, ihn im zweiten Anlauf doch noch zu verabschieden.

## Das versteckte Geschäft mit Kälbern

Kälber sollen schon im Alter von 121 Tagen auf öffentlichen Märkten verkauft werden: Tierhalter profitieren doppelt - zum Ärger der Tierschützer.

**Stefan Häne**

Landwirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) nennt es das «Geheimnis dieser ganzen Diskussion». Die Diskussion - sie dreht sich um Kälber aus Milchviehhaltung, die für die Grossviehmast bestimmt sind. Neu sollen diese Tiere im Alter von 121 Tagen an öffentlichen Schlachtviehmärkten zum Weiterverkauf zugelassen werden. Heute beträgt das Mindestalter 161 Tage.

Vater dieser Idee ist Nationalrat Erich von Siebenthal (BE). Die grosse Kammer hat die Motion des SVP-Politikers im Sommer gutgeheissen, ebenso der Ständerat diesen Herbst, jedoch mit einer Justierung in einem Nebenpunkt. Als Folge davon muss der Nationalrat den

Vorstoss ein zweites Mal debattieren - und somit dessen «Geheimnis».

Was meint Schneider-Ammann damit? Das Mindestalter von 161 Tagen wurde vom Gesamtbundesrat 2014 festgelegt und zwingt die Bauern dazu, die Tiere länger auf dem Betrieb zu halten - mit entsprechenden Folgekosten und Platzbedarf. Mit einem Mindestalter von bloss 121 Tagen sparen die Tierhalter also Geld. Zudem - und das ist das «Geheimnis» - profitieren sie ein zweites Mal. Dies, weil ein ersteigertes Kalb ein sogenanntes Importkontingent für Fleisch der Rindergattung auslöst. Mit diesen Kontingenten, deren Zahl die Branchenorganisation der Fleischwirtschaft (Proviande) unter Bundesaufsicht alljährlich festlegt, lässt sich Fleisch zu stark reduzierten Zöllen importieren. Billiger Ankauf aus dem Ausland, teurer Verkauf in der Schweiz - den Tierhaltern winkt ein gutes Geschäft.

Hansuli Huber vom Schweizer Tierschutz (STS) dagegen spricht von einer «Geschäftemacherei auf Kosten der Kälbergesundheit». Ein ersteigertes Kalb

könne auf einem anderen öffentlichen Schlachtviehmarkt wieder verkauft werden, was abermals ein Importkontingent auslöse. «Die neue Regel», so Huber, «verstärkt den falschen Anreiz, Jungtiere im ganzen Land herumzucarren.»

### SP-Politiker ortet Missbrauch

Die Kritik der Tierschützer ruft Politiker auf den Plan. SP-Nationalrat Beat Jans (BS) hat in der Wintersession eine Interpellation mit Fragen zum Thema eingereicht. Er bemängelt, die Regelung lasse Missbräuche zu, weil dasselbe Tier mehrfach die Berechtigung für ein Importkontingent auslösen könne. Branchenkenner gehen davon aus, dass die Auffuhr junger Tiere an öffentlichen Schlachtviehmärkten zunehmen wird, sollte von Siebenthals Motion die parlamentarische Hürde definitiv passieren. Dieser Vorstoss öffne der «Spekulation mit Kälbern Tür und Tor», sagt ein Landwirt. Weil er um seinen Ruf in der Branche fürchtet, will er anonym bleiben.

Auf eine weitere Folge der Neuerung macht Franz Josef Steiner vom For-

schungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) aufmerksam: Tiere, die jünger sind als 161 Tage, sind von der Muttermilch noch nicht entwöhnt. Werden sie nun bereits mit 121 Tagen an einem öffentlichen Schlachtviehmarkt weiterverkauft, ist es am nachfolgenden Tierhalter, die Ernährung der Kälber von Muttermilch auf Raufutter umzustellen. Dies könne sukzessive mit einem Milchautomaten geschehen, sagt Steiner und spricht von einer verhältnismässig sanften Methode. «Oder aber die Entwöhnung geschieht abrupt, was für die Jungtiere brutal ist.» Steiner geht davon aus, dass letztere Methode öfters zur Anwendung käme, weil die Tierhalter unter hohem Kostendruck stünden.

Auch das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) in Schneider-Ammanns Departement lehnt wie der Gesamtbundesrat von Siebenthals Vorstoss unter anderem aus Tierschutzgründen ab: Junge Tiere seien anfälliger auf Krankheiten, so das BLW. «Deshalb ist die Auffuhr junger Tiere auf dem Markt auch aus Gründen des Tierschutzes nicht zielführend.»

## Flüchtlinge mit Zäunen stoppen

SVP-Nationalrat Heinz Brand will Grenzzäune rechtlich ermöglichen.

**Janine Hosp**

Das Wort wirkt wie aus der Zeit gefallen: Grenzbefestigungsanlagen. Der Bundesrat, so fordert SVP-Nationalrat Heinz Brand in einer in der Wintersession eingereichten Motion, soll die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit Grenzbefestigungsanlagen erstellt werden können. Und er soll es ohne Verzug tun. Die Anlagen sollen aber nicht wie im 1. Weltkrieg feindliche Panzer stoppen, sondern Personen, die illegal in die Schweiz einreisen wollen. «In erster Linie Flüchtlinge. Es können aber auch Kriminaltouristen sein», sagt Brand. Unter Grenzbefestigungsanlagen versteht er alles, was hilft, «Menschenströme zu kanalisieren, zu überwachen und umzuleiten». Das können Beobachtungsanlagen wie Türme sein, aber auch Zäune und Mauern. Damit will Brand aber nicht die ganze Schweizer Aussengrenze von 1852 Kilometern umgeben, sondern sie dort einsetzen, wo sie notwendig sind. Er denkt dabei an die Schweizer Südgrenze, aber auch an die Region um Kreuzlingen.

### Ein Geschäft für Schlepper

Die Motion wurde vor allem von Brands eigener Partei, der SVP, stramm unterstützt. Einer der wenigen parteifremden Unterzeichner ist FDP-Nationalrat Walter Müller. Er, der im St. Galler Rheintal wohnt, ist mit den Problemen an der Grenze vertraut. «Es geht nicht darum, dass sich die Schweiz einmauert», sagt er. Ihm ist wichtiger, dass die Grenzübergänge so ausgerüstet werden, dass Einreisende besser kontrolliert werden können. Das sei heute bei kleineren Übergängen nicht immer der Fall.

SP-Nationalrätin Chantal Galladé hingegen erachtet solche Aufbauten als einen komplett falschen Ansatz in der Flüchtlingspolitik: «Wenn man den Flüchtlingen die Reise erschwert, unterstützt man nur Schlepperbanden», sagt sie. Und dann wundert man sich, wenn Menschen ertrinken oder in Lastwagen erstickten würden. Der Schweiz als humanitäres Land stünde es schlecht an, wenn sie wie manche Ostblockländer Grenzzäune hochziehen würde. Zudem habe sich gezeigt, dass viele Asylsuchende gar nicht in die Schweiz, sondern nach Deutschland wollten.

«Das ist eine schräge Idee», sagt CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Als Präsidentin des Schweizerischen Roten Kreuzes Kanton Zürich hat sie vergangenes Jahr einen Vorstoss eingereicht, in dem sie forderte, dass der Bund Massnahmen ergreife, um in Syrien Nothilfe zu leisten und beim Wiederaufbau zu helfen. «So können wir dazu beitragen, dass sich manche Syrer erst gar nicht auf die Flucht begeben», sagt sie. Nur: Dieser Vorstoss wurde von der SVP bekämpft. Schmid-Federer wie auch Galladé werfen der SVP vor, sie würde keine Vorstösse unterstützen, welche das Problem grundsätzlich angehen wollten. Die sich, wie Galladé sagt, für den Klimaschutz einsetzen oder gegen Waffenexporte wenden würden. Der Nationalrat hat im März das Postulat Schmid-Federers dennoch unterstützt - gegen die Stimmen der SVP.

### Vorausschauend handeln

Brand begründet seine Motion damit, dass heute bereits zahlreiche Staaten «bauliche Massnahmen» ergriffen hätten, um sich gegen illegale Einreisen zu schützen. Er erwähnt Deutschland, Österreich, Ungarn und Spanien. Österreich etwa wappnet sich mit einem bis zu 100 Kilometer langen Grenzzaun zu Ungarn für den Fall, dass wieder mehr Flüchtlinge gegen Norden strömen sollten. In Ungarn oder Griechenland wurden die Zäune bereits hochgezogen. Brand sieht seinen Vorstoss als «Gebot vorausschauenden Handelns»: Heute könnten solche Bauten nur auf Basis von Notrecht innert nützlicher Frist erstellt werden. «So müsste erst eine Notsituation vorliegen, bevor wir etwas tun könnten», sagt er. Auch wenn nur wenige Nationalräte ausserhalb seiner Partei den Vorstoss unterzeichneten, sieht Brand durchaus Chancen: Schliesslich gebe es auch Freisinnige, die sagten, man müsse die Grenze besser schützen.